



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

03/2014 17.01.2014

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Hauer/Metzler

[Schriftsatzmuster Öffentliches Recht 2014](#)

Das Musterbuch „Schriftsatzmuster Öffentliches Recht“ enthält die wichtigsten Schriftsatzmuster des öffentlichen Rechts (zB Bescheidbeschwerde, Revision, Revisionsbeantwortung, Erkenntnis- bzw Beschlussbeschwerde) mit zahlreichen praktischen Hinweisen in Fußnoten und ist bereits an die Verwaltungsgerichtsbarkeitsreform 2012/2014 angepasst.

25,- EUR, 4. Auflage, XII und 137 Seiten, Weicheinband, broschiert, Stand: 01.01.2014, ISBN 978-3-902883-11-7.

Zu beziehen ua über <http://www.pedell.at>.

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl I 1/2014](#)

Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich über das **Hochwasserschutzprojekt „Eferdinger Becken“**

[BGBl II 6/2014](#)

Kundmachung des Bundesministers für Gesundheit über die **Aufhebung des 2. Satzes des § 6** der Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen über Zuschüsse der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt und der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau an Dienstgeber/innen für Entgeltfortzahlung (**Entgeltfortzahlungszuschussverordnung**), BGBl. II Nr. 64/2005, durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl III 3/2014 \(Anlage\)](#)

Kooperationsabkommen über ein **globales ziviles Satellitennavigationssystem (GNSS)** zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten und der Ukraine

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 6 v 10.01.2014, 1](#)

Endgültiger Erlass des **Berichtigungshaushaltsplans Nr 6 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2013**

[ABI L 7 v 10.01.2014, 1](#)

Delegierte Verordnung (EU) Nr 3/2014 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die **funktionale Sicherheit von Fahrzeugen für die Genehmigung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen**

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

03.12.2013, [W I 2/2013](#)

NÖ-LandtagswahlO; Abweisung der Anfechtung der Wahl zum NÖ Landtag durch die Wählergruppe „DIE GRÜNEN“; kein Verstoß gegen das „**wahlrechtliche Homogenitätsprinzip**“ durch eine Bestimmung der NÖ-LandtagswahlO, die bei einem Abweichen der Vorzugsstimme von der Parteistimme den Grundsatz „**Vorzugsstimme schlägt Parteistimme**“ normiert

05.12.2013, [B 572/2013](#)

Fachhochschul-StudienG; Zurückweisung der Beschwerde eines ehemaligen Studierenden einer Fachhochschule gegen ein E-Mail betreffend die Verweigerung der beantragten Wiederholung eines Studienjahres mangels eines tauglichen Beschwerdegegenstandes; **keine hoheitliche Befugnis zu bescheidförmiger Entscheidung der** – als juristischen Person des privaten Rechts eingerichteten – **Fachhochschule**

10.12.2013, [G 16/2013 ua](#)

FortpflanzungsmedizinG; Aufhebung von Bestimmungen des FortpflanzungsmedizinG im Hinblick auf den Ausschluss von **in einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft lebenden Frauen** von der Möglichkeit der **künstlichen Fortpflanzung** wegen Unverhältnismäßigkeit des Eingriffs

10.12.2013, [G 46/2013](#)

Gesetz über das Verwaltungsgericht Wien; Drittelantrag von Abgeordneten zum Wr Landtag auf Aufhebung von **Bestimmungen des Gesetzes über das Verwaltungsgericht Wien betreffend die Geschäftsverteilung**; Verstoß gegen das in Art 135 Abs 2 B-VG normierte Gebot einer kollegialen Entscheidung der Vollversammlung über die Geschäftsverteilung; Verletzung des Grundsatzes der festen Geschäftsverteilung durch vorsehen einer provisorischen Geschäftsverteilung im Dirimierungsfall; Verstoß gegen die gebotene richterliche Unabhängigkeit durch Normierung einer obligatorischen Neuwahl des Geschäftsverteilungsausschusses; im Übrigen teils Zurück- teils Abweisung des Antrags

10.12.2013, [G 74/2013 ua](#) (Anlassfall 11.12.2013, [B 1521/2012 ua](#))

ArbeitslosenversicherungsG; Aufhebung von Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes betreffend die **Nichtberücksichtigung der Bezugszeiten von Kinderbetreuungsgeld** bei der Festsetzung der Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld wegen Unsachlichkeit und mittelbarer Diskriminierung von Frauen

11.12.2013, [B 295/2012](#)

Tir RaumordnungsG 1997; Anlassfall zu VfGH 03.12.2013, [V 39/2013 ua](#)

11.12.2013, [B 1014/2013](#)

Bgld VeranstaltungsG; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Abweisung des Antrags der beschwerdeführenden Gesellschaft auf Erteilung der Bewilligung zum **Aufstellen und zum Betrieb von Glücksspielautomaten in Automatensalons** im Burgenland; keine Bedenken gegen die **Zuständigkeit der Bewertungskommission und der Burgenländischen Landesregierung**; hinreichende Bestimmtheit der Kriterien für die Ermittlung des „am besten“ geeigneten Bewilligungsbewerbers im Burgenländischen Veranstaltungsgesetz

12.12.2013, [KR 1/2013](#), [KR 2/2013](#), [KR 3/2013](#)

B-VG; Rechnungshof zuständig für die Prüfung des Media Quarter Marx; bei Streit über die Frage, ob ein Unternehmen unter die Kontrolle des Rechnungshofes fällt, kommt dem VfGH eine Schiedsrichterfunktion zu; die Wirtschaftsagentur Wien ist ein Fonds, der von Personen verwaltet wird, die **mehrheitlich von Organen der Stadt Wien** bestellt sind; dieser ist Alleingesellschafter der „ZIT – Technologieagentur Wien“ und damit unterliegen beide der Rechnungshofkontrolle; über die Wirtschaftsagentur und die ZIT kann die Stadt Wien – aufgrund **rechtlicher Verflechtungen** – einen dermaßen **bedeutenden Einfluss** auf die Media Quarter Marx Errichtungs- und Verwertungsgesellschaft ausüben, dass auch hier eine Zuständigkeit des Rechnungshofes zur Gebarungsprüfung gegeben ist

12.12.2013, [G 53/2013](#)

Bundesbahn-PensionsG; keine Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen des Bundesbahn-PensionsG infolge der **Erhöhung von Wartezeiten für den Antritt des Ruhestandes** durch das BudgetbegleitG 2003, sowie durch **nachteilige Durchrechnungszeiträume**; keine Verletzung des Vertrauensschutzes und des Rechts auf Unverletzlichkeit des Eigentums wegen Milderung des Eingriffs durch entsprechender Übergangsbestimmungen

12.12.2013, [G 60/2013](#)

Jurisdiktionsnorm; GerichtsgebührenG Zurückweisung eines Gerichtsanspruchs auf Aufhebung von Bestimmungen der Jurisdiktionsnorm und des Gerichtsgebührengesetzes betreffend die **Bewertung von Liegenschaften** mangels Präjudizialität im – die Bemessung der Gerichtsgebühr im Fall einer Realteilung betreffenden – Anlassverfahren

12.12.2013, [B 628/2013](#)

StrafvollzugsG; FinanzstrafG; Abweisung einer Beschwerde gegen die Zurückweisung des Antrags auf **Strafaufschub zum Zweck der Erbringung gemeinnütziger Leistungen** im Sinne des Strafvollzugsgesetzes; Absehen von der Möglichkeit der Erbringung gemeinnütziger Leistungen anstelle des Vollzuges der Ersatzfreiheitsstrafe im verwaltungsbehördlichen Strafverfahren im rechtspolitischen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers

12.12.2013, [U 2272/2012](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrags auf internationalen Schutz und Ausweisung des Beschwerdeführers in den Iran infolge **Unterlassung eines ordnungsgemäßen Ermittlungsverfahrens**, insbesondere mangels sorgfältiger Auseinandersetzung mit den Gründen der **Konversion des Beschwerdeführers vom Islam zum Christentum** sowie einer etwaigen **asylrelevanten Verfolgung**; widersprüchliche Länderfeststellungen

B. Verwaltungsgerichtshof

28.11.2013, [2011/03/0193](#)

AVG; Zurückweisung einer an den Umweltsenat erhobene Berufung gegen den Bescheid des BM für Verkehr, Innovation und Technologie **als unzulässig**; die Zurückweisung des angefochtenen Bescheids lässt nicht eindeutig erkennen, ob die Berufung (allein) wegen Verspätung oder (auch) wegen ihrer Unzulässigkeit zurückgewiesen wurde; der VfGH stellte einen **negativen Kompetenzkonflikt** zwischen belangter Behörde und VwGH fest und verneinte die Zuständigkeit der belangten Behörde; eine Berufung gegen die Entscheidung des BM war nach der Ansicht des VfGH unzulässig; die Zurückweisung der Berufung kann die bf Partei im vorliegenden Fall nicht in ihren Rechten verletzen, da jedenfalls keine zulässige Berufung vorlag

28.11.2013, [2011/03/0219](#)

EisenbahnG; UmweltverträglichkeitsprüfungsG; es kann der **Genehmigung eines Eisenbahnbauvorhabens** im teil-konzentrierten UVP-Verfahren ua nicht entgegenstehen, dass es durch dieses Vorhaben nicht zur **Verringerung einer aus dem Straßenverkehr herrührenden Umweltbelastung** kommen sollte; Zweifel an der Finanzierbarkeit des Vorhabens oder am Zeitplan für dessen Verwirklichung sind nicht geeignet, die Genehmigungsfähigkeit in Frage zu stellen; gem § 24c Abs 2 leg cit ist die Beziehung von nichtamtlichen SV auch ohne das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 52 Abs 2 und 3 AVG zulässig

C. Verwaltungsgerichte

Keine Erkenntnisse im Berichtszeitraum.

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[15.01.2014, Rs C-292/11 P, Kommission / Portugal](#)

Rechtsmittel – Durchführung eines Urteils des Gerichtshofs, mit dem eine **Vertragsverletzung** festgestellt worden ist – **Zwangsgeld** – Zahlungsverlangen – Aufhebung der die Vertragsverletzung begründenden nationalen Regelung – Beurteilung der Maßnahmen, die der Mitgliedstaat ergriffen hat, um dem Urteil des Gerichtshofs nachzukommen, durch die Kommission – Grenzen – **Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen dem Gerichtshof und dem Gericht**

[15.01.2014, Rs C-176/12, Association de médiation sociale](#)

Sozialpolitik – Richtlinie 2002/14/EG – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 27 – Anknüpfung an bestimmte Schwellenwerte für die **Beschäftigtenzahl bei der Einsetzung von Personalvertretungsorganen** – Berechnung der Schwellenwerte – Dem Unionsrecht entgegenstehende nationale Regelung – Rolle des nationalen Gerichts

[16.01.2014, Rs C-481/12, Juvelta](#)

Freier Warenverkehr – Art 34 AEUV – Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen – Maßnahmen gleicher Wirkung – **Vermarktung von Edelmetallgegenständen** – Punze – Erfordernisse der Regelung des Einfuhrmitgliedstaats

[16.01.2014, Rs C-429/12, Pohl](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf** – Art 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 45 AEUV – Richtlinie 2000/78/EG – Ungleichbehandlung wegen des **Alters** – Ermittlung des **Stichtags für das Vorrücken auf der Gehaltsskala** – Verjährungsfrist – Effektivitätsgrundsatz

[16.01.2014, Rs C-423/12, Reyes](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 2004/38/EG – **Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten** – Aufenthaltsrecht eines **Drittstaatsangehörigen**, der Verwandter in gerader absteigender Linie einer Person mit einem Aufenthaltsrecht in einem Mitgliedstaat ist, in diesem Mitgliedstaat – **Begriff der Person, der ‚Unterhalt gewährt wird‘**

[16.01.2014, Rs C-400/12, G](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 2004/38/EG – Art 28 Abs 3 Buchst a – **Schutz vor Ausweisung** – Berechnung des Zeitraums von **zehn Jahren** – **Berücksichtigung von Zeiträumen der Verbüßung einer Freiheitsstrafe**

[16.01.2014, Rs C-378/12, Onuekwere](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 2004/38/EG – Art 16 Abs 2 und 3 – **Daueraufenthaltsrecht von Drittstaatsangehörigen, die Familienangehörige eines Unionsbürgers sind** – **Berücksichtigung von Zeiträumen, in denen diese Staatsangehörigen Freiheitsstrafen verbüßen**

[16.01.2014, Rs C-328/12, Schmid](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen** – Verordnung (EG) Nr 1346/2000 – Insolvenzverfahren – **Insolvenzanfechtungsklage** – **Anfechtungsgegner mit Wohnsitz in einem Drittstaat** – **Zuständigkeit des Gerichts des Mitgliedstaats, in dem der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichlichen Interessen hat**

[16.01.2014, Rs C-300/12, Ibero Tours](#)

Mehrwertsteuer – Umsätze der Reisebüros – Gewährung von **Rabatten** an Reisende – Bestimmung der **Besteuerungsgrundlage** für die im Rahmen einer **Vermittlungstätigkeit** erbrachten Dienstleistungen

[16.01.2014, Rs C-226/12, Constructora Principado](#)

Richtlinie 93/13/EWG – Verbraucherverträge – **Immobilienkaufvertrag** – **Missbräuchliche Klauseln** – Beurteilungskriterien

[16.01.2014, Rs C-67/12, Kommission / Spanien](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 2002/91/EG – **Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden** – Art 3, 7 und 8 – Unvollständige Umsetzung

[16.01.2014, Rs C-45/13, Kainz](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Gerichtliche Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – **Haftung für ein fehlerhaftes Produkt** – In einem Mitgliedstaat hergestellte und in einem anderen Mitgliedstaat verkaufte Ware – **Auslegung des Begriffs des ‚Ortes, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist oder einzutreten droht‘** – Ort des ursächlichen Geschehens

B. Schlussanträge

[15.01.2014, verb Rs C-533/12 P und C-536/12 P, SNCM / Corsica Ferries France \(GA Wathelet\)](#)

Rechtsmittel – **Umstrukturierungsbeihilfe** – Kriterium des **marktwirtschaftlich handelnden privaten Kapitalgebers** – Entscheidungsspielraum der Kommission – Umfang der gerichtlichen Nachprüfung durch das Gericht – Image des Staates – Erfordernis einer **sektorspezifischen und geografischen Analyse** – Ausreichend gefestigte Praxis – Zahlung zusätzlicher Abfindungen

[16.01.2014, Rs C-556/12, TDC \(GA Cruz Villalón\)](#)

Richtlinie 2002/19/EG – **Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und zugehörigen Einrichtungen** – Art 2 Buchst a – Definition des ‚Zugangs‘ – Art 8 und 12 – **Befugnis der nationalen Regulierungsbehörde, Telekommunikationsbetreibern Verpflichtungen aufzuerlegen** – Verpflichtung eines Unternehmens, das Eigentümer eines Glasfasernetzes ist, dem Endverbraucher auf Antrag eines anderen Telekommunikationsunternehmens ein Anschlusskabel mit einer Länge von maximal 30 Metern zur Verfügung zu stellen – Verhältnismäßigkeit der Maßnahme – **Berücksichtigung von Umständen wie die Anfangsinvestition oder das Bestehen eines Tarifsystems**

[16.01.2014, Rs C-237/12, Kommission / Frankreich \(GA Kokott\)](#)

Vertragsverletzung – Richtlinie 91/676/EWG – **Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen** – Zeiträume der Ausbringung von Dung – Fassungsvermögen von Behältern zur Lagerung von Dung – Begrenzung der Ausbringung – Verbot der Ausbringung auf stark geneigten Flächen oder auf gefrorenen oder schneebedeckten Böden

[16.01.2014, verb Rs C-24/12 und C-27/12, X BV \(GA Jääskinen\)](#)

Art 63 AEUV – **Räumlicher Anwendungsbereich der Kapitalverkehrsfreiheit** – Kapitalbewegung aus einem Mitgliedstaat in ein zu diesem gehörendes **überseeisches Land oder Gebiet (ÜLG)** – Begriff des Drittlands in Art 63 AEUV – Art 64 Abs 1 AEUV – **Stillhalteklausele** – Am 31. Dezember 1993 bestehende Beschränkungen

C. Gericht

[16.01.2014, Rs T-385/11, BP Products North America / Rat](#)

Dumping – Subventionen – Einfuhren von Biodiesel mit Ursprung in den Vereinigten Staaten – Umgehung – Art 13 der Verordnung (EG) Nr 1225/2009 – Art 23 der Verordnung (EG) Nr 597/2009 – Geringfügig veränderte gleichartige Ware – Rechtssicherheit – Befugnismissbrauch – **Offensichtliche Beurteilungsfehler** – Begründungspflicht – Gleichbehandlung – **Grundsatz der ordnungsgemäßen Verwaltung**

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.